

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-DS.) und Umgegend.

Erscheint

Wöchentlich einmal: Sonnabend.
Bezugspreis: Wöchentlich frei ins Haus und
bei allen Postämtern 50 Gr.

Druck und Verlag:

V. Humold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau DS.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Humold.

Anzeigen-Preis:

Die einspaltige Zeile 10 Gr.
Inseraten-Nachnahme bis spätestens Freitag
12 Uhr vormittags.

Nr. 42

Donnerst. Nr. 49

Sonnabend, den 16. Oktober 1926

Gegründet 1879

48. Jahrgang.

Rundschau.

Polen.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung.

Warschau, 9. Oktober. Die Regierung Wilsulski schreitet zu weitgehenden Personalveränderungen auf den höheren Beamtenposten. In der gestrigen Ministerratssitzung wurden eine ganze Reihe von Personalveränderungen im Finanzministerium vorgenommen. Weiter beschloß der Ministerrat, dem Staatspräsidenten die Entlassung des Vizepräsidenten Borsowski zu empfehlen. In diesem Falle soll der frühere Innenminister Wolszanski Posten von Vizepräsidenten werden. Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, den Departementdirektor Borsowski zum Unterstaatssekretär im Außenministerium zu ernennen. Der Ministerrat nahm alsdann eine Verordnung über die Regelung des Geldverkehrs an. Die Verordnung schließt die Herausgabe von Regierungsbillscheinen für Banknoten aus und legt die Art der Zurücklegung der bisher emittierten Regierungsbillscheine fest, die in Höhe von 300 Millionen Zloty emittierten Bilety zadawkowe werden in Goldscheine zu 5 und 25 Zloty umgewandelt. Sie erhalten den Namen Bilety państwowe (Staatsnoten). Am 1. Januar 1927 wird die Zahl der Staatsnoten in der Weise herabgesetzt, daß am 1. Januar 1937 die Summe der Staatsnoten nicht über 12 Zloty auf den Kopf der Bevölkerung ausmachen wird. Die Staatsnoten werden durch die Einnahmen der Zuckerkontrollen gesichert. Außerdem wird die Regierung Silber durch die Bank Polens ankaufen lassen und gleichzeitig mit den neuen Kassenscheinen auch Silberscheine in den Verkehr bringen lassen. Die Bank Polens ist verpflichtet, jeden Monat einen Ausweis über die im Umlauf befindlichen neuen Kassenscheine und Silberscheine zu veröffentlichen. Die neuen Kassenscheine können bis zur Höhe von 1000 Zloty in Zahlung gegeben werden. Die Regierungskassen müssen sie in jeder beliebigen Höhe annehmen. Der Ministerrat nahm alsdann eine Verordnung des Staatspräsidenten betreffend Schaffung eines Komitees für die finanzielle Verteidigung an. Außerdem gehörte ihm der Ministerpräsident, der Kriegsminister, der Innenminister, der Finanzminister und der Generalinspektor der Armee, der zugleich Hauptreferent ist, an. Wilsulski wird demnach als gleichzeitiger Ministerpräsident, Kriegsminister und Generalinspektor drei Stimmen in diesem Komitee besitzen.

Vizepräsident Bartel erklärte gestern vor Pressevertretern, daß dem Zlotykurs nichts Böses drohe. Die Steigerung der Nachfrage nach Dollarmark sei eine Folge der parteipolitischen Manöver, welche die verschiedenen Senderingen auszunutzen trachten. Nachdrücklich mußte festgestellt werden, daß die jetzige Kurssteigerung an der sogenannten Schwarzem Börse keinen sachlichen Grund habe. Die staatlichen Ausgaben sind seit drei Monaten vollkommen gedeckt. Gegen Ende dieses Jahres werden im Zusammenhang mit der Häufung der Zahlungstermine die Kassenscheine eine bedeutende Erhöhung erfahren. Das Budget für 1927 sei auf dem vollkommenen Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben aufgebaut. Eine Inflation sei vollkommen ausgeschlossen. Weder von Seiten des Budgets, noch von Seiten der Zahlungsbilanz drohe dem Zlotykurs irgendeine Gefahr. Die Aussicht entwickelte sich weiter günstig. Die Regierung wisse wohl, daß eine übergroße Zunahme der Einfuhr eine erhebliche Gefahr bedeute. Man werde die entsprechenden Schritte zur Aufrechterhaltung der aktiven Handelsbilanz tun. Die

Wirtschaftspolitik der Regierung wird dem Wohl der breiten Massen angepaßt werden und zugleich auf enge Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskreisen hinabwirken.

Bartel über die Maßnahmen gegen die Fenerung.

Warschau, 12. Oktober. Die „Epoka“ (Romy Kurier Polens) hat eine verdienstvolle Untersuchung über die Ursachen der Fenerung eingeleitet. Als erster äußert sich in der „Epoka“ der stellvertretende Ministerpräsident Bartel, der neben den allgemeinen Grundrissen: Wohnung zur Sparbarkeit und Gleich zu einer Reihe bestimmter Grundzüge kommt. Vor allem Dingen, erklärte Bartel, werden die Untersuchungen über die Organisation der Produktion und die Verkaufsbedingungen in ihrem Ergebnis im Auge zu haben. Es werden erleichtert, das Wirtschaftsleben in praktischen Formen einzurichten.

Als augenblickliche Mittel bezeichnet Bartel folgende: erstens die Notwendigkeit, den Kommunalverbänden und den sozialen Verbänden Unterstützungen für die Nahrungsmittelversorgung zuzulassen, indem diesen Institutionen Kredite gewährt werden für die Schaffung von Verteilungsstellen, ferner die Notwendigkeit, dem Magistrat der Stadt Warschau die Möglichkeit zu geben Eleotoren zu errichten, indem ihr die für diesen Zweck erforderlichen Kredite gewährt werden. Ferner werden nach der Ansicht Bartels in das Budget Kredite eingestellt werden, die es den Kommunalverbänden ermöglichen, mechanische Backereien, Schlachthäuser, Kühlanlagen usw. einzurichten, damit das Volk mit billigerem Brot und Fleisch versorgt werden könne. Ferner müssen die Regierungs- und Kommunalabgaben für die Zufuhr von Fleisch ermäßigt werden. Dies sind die zunächst liegenden Mittel, die Bartel vorläufig zu empfehlen hat.

Ziffern aus dem Budget.

Warschau, 13. Oktober. Aus dem Budget des laufenden Jahres seien einige Ziffern herausgegriffen: So werden für das Außenministerium 39 Millionen Zloty eingestellt werden. Die größte Summe verschlingt das Kriegsministerium, nämlich 622 Millionen. Der zunächst höchste Posten betrifft das Kultusministerium mit 293 Millionen, wobei man bemerken muß, daß es recht ersichtlich ist, wenn eine derartige hohe Summe für das Unterrichts- und Kultuswesen ausgeworfen wird. Das Innenministerium beanprucht 179 Millionen, das Finanzministerium 100 Millionen, das Justizministerium 89 Millionen und das Verkehrsministerium die geringe Summe von 3 Millionen. Diese Bescheidenheit erklärt sich daraus, daß die Eisenbahn gegenwärtig im Stande ist, die Betriebskosten sowie die Kosten für Reparaturen und Anlagen aus den eigenen Erträgen zu decken. Es ist dies eines der erfreulichen Kapitel in der Wirtschaftsentwicklung Polens während des letzten Jahres. Das Arbeitsministerium erfordert 56 Millionen, das Arbeitsministerium 34 Millionen. Für Pensionen werden 74 Millionen berechnet, für Invalidenrenten 103 Millionen und für den staatlichen Schuldendienst 148 Millionen. Es ist und Senat werden 7 Millionen verbrauchen.

Die Unterschlagungen bei der Kriegsmarine.

Warschau, 12. Oktober. Am Montag begann vor dem Warschauer Kriegsgericht ein Prozeß gegen 18 Offiziere der polnischen Kriegsmarine, die sich verschiedener Verschulungen bei der Entgegennahme von Kriegslieferungen für die polnische Kriegsmarine schuldig gemacht haben sollen.

Die Chorzow-Roten.

Warschau, 9. Oktober. Wie bereits berichtet, hat die deutsche Regierung durch den Gesandten Rauscher in Warschau am 2. Oktober eine Note wegen der Chorzower Strohwerke überreichen lassen. Oesteren hielt der Außenminister Jozefski eine längere Konferenz mit dem Handelsminister ab. In der nächsten Woche soll eine interministerielle Sachverständigen-Kommission zusammentreten, die sich mit der Angelegenheit befassen soll. Orgau den 25. d. M. wird die polnische Regierung eine Note nach Berlin senden. Staatspräsident Moscicki, der frühere Leiter der Werke, setzt sich dafür ein, daß die deutschen Werke entschädigt werden sollen. Das soll in Ratenzahlungen erfolgen. Die polnische Note an die deutsche Regierung wird wahrscheinlich eine Entschädigungszahlung an die früheren deutschen Privatbesitzer vorsehen.

Festliche Einführung des Erzbischofs Dr. Plond.

Warschau, 11. Oktober. Oesteren fand in Oesteren die feierliche Einführung des Erzbischofs und Primas von Polen Dr. Plond statt. Der Erzbischof begab sich von Krakow nach Oesteren und wurde auf diesem Wege von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. In Oesteren begrüßten ihn die städtischen Würdenträger, der Stadtpräsident Barczewski, das Militär, die Schulen und Vertreter der Bevölkerung. Der Primas begab sich vom Bahnhof in die Kirche des hl. Michael, von dort in die Pfarrkirche und von da in Prozession, an der Spitze die Geistlichkeit, durch die geschmückten Straßen in die Kathedrale. Nach den Ordeben am Ordeben des hl. Adalbert und Abingung des Ledum trat er vor den Hochaltar und nahm den Platz auf der linken Seite ein. Neben ihm saßen die Vertreter der Regierung, gegenüber Bischof Lublinski und die geistlichen Vertreter: Erzbischof Kopp, der Krakauer Erzbischof Sapieha, Bischof Nowak, Bischof Rybski, Bischof Dmochowski, Bischof Domoniewski und der neue schlesische Bischof Lefski. Außerdem der Generalvikar aus Katowitz Bromboszcz, der Vertreter der Apostolischen Administration Präl. Stolarz, der Vertreter des Salesianerordens Treon aus Tulin und viele andere. Nach Begrüßung der Gebete verlas der Kanonikus Abgeordneter Stępczyński von der Kanzel die Ernennungsurkunde, hierauf begrüßte den neuen Erzbischof im Namen der Diözese Bischof Lublinski. Nach den Dankworten des Primas legte Bischof Lublinski ihm zum Zeichen seiner Erzbischofswürde das Pallium an. Nach den feierlichen Prozession in das erzbischöfliche Palais geleitet, wo ihn die Vertreter der Behörden und der Bevölkerung begrüßten.

Deutschland.

Seckts Nachfolger.

Berlin, 10. Oktober. Der Reichspräsident von Hindenburg hat den Generalleutnant Wilhelm Heyn, bisher Kommandeur der 1. Division in Königsberg, zum Nachfolger des Generals von Seckt ernannt.

Berlin, 11. Oktober. Amlich wird folgendes mitgeteilt: „Entgegen der insbesondere in den Meldungen der Auslandspresse häufig vertretenen Auffassung, als ob das Auscheiden des Generalobersten von Seckt auf Forderungen ausländischer Regierungen auf dem Gebiete der Militärkontrolle zurückzuführen sei, wird amtlichseits erneut festgestellt, daß diese Gerüchte jeglicher Grundlage entbehren. Die Verabschiedung des Generalobersten v. Seckt ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit, die mit der Außenpolitik nichts zu tun hat.“

Die Hohenzollernvorlage.

Berlin, 12. Oktober. Der Soupienspruch des preussischen Landtags nahm gestern das Abkommen mit den Hohenzollern gegen die kommunistischen Stimmten unter Stimmhaltung der Sozialdemokraten an.

Im preussischen Landtag kam es gestern und heute bei Beratung der Hohenzollern-Abfindungsvorlage wiederholt zu Ständaldungen. Mehrere kommunistische Abgeordnete wurden von den Sitzungen ausgeschlossen und durch Kriminalbeamte abgeführt.

Die polnische Antwortnote in Berlin.

Berlin, 12. Oktober. Die polnische Note betreffend die deutschen Schadenersatzforderungen ist in Berlin eingegangen. Sie begründet die Ablehnung Polens auf die deutschen Forderungen von mehr als einer halben Milliarde Goldmark, ohne jedoch Gegenvorschläge zu unterbreiten.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 11. Oktober. Am heutigen Tage sind die unterbrochenen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wieder von den beteiligten Delegationen aufgenommen worden. Die Vorgesprächen werden in zwei getrennten Kommissionen geführt. Die wichtigste Beratung wird in der Abteilung für Zollfragen stattfinden. Polen verlangt die Einfuhrgenehmigung von Vieh und Fleisch und eine Frachtermäßigung für die durch Deutschland rollenden polnischen Transportgüter, besonders aber für Holz und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Deutschland wünscht eine bedeutende Zollermäßigung für Getreide, Webwaren, Uhren und Silbers. Polen verlangt ferner die Abnahme eines monatlichen Kontingents von 300.000 T. Kohle durch Deutschland, während die Gegenofferte bisher nur auf 70.000 T. Kohle lautete. Es muß daran erinnert werden, daß seitens der Polierregierung das Kohlenkontingent begonnen hat. Die deutsche Delegation soll, wie polnische Blätter melden, die folgenden politischen Forderungen gestellt haben: Der deutsche Gesandte in Warschau soll das Recht haben, in politischen Ereignissen wegen politischer Delikte inhaftierte Reichsdeutsche zu besuchen, bei Ausweisung von Reichsangehörigen aus polnischen Gebieten soll der deutsche Gesandte gehört werden. Außerdem bleibt als kritischer Punkt noch die Frage des Niederlassungsrechtes, worüber bisher keinerlei Verständigung erzielt worden ist. Angehörige der vielen ungelösten Fragen sind die Ausfahrten der bereits seit zwei Jahren dauernden Verhandlungen nicht gerade sehr glänzend.

Warschau, 14. Oktober. Ueber den Fortgang der deutsch-polnischen Verhandlungen wird gemeldet, daß die deutsche Delegation die von Polen erwünschte Frachtermäßigung für die durch Deutschland rollenden Transportgüter, besonders aber für Holz und landwirtschaftliche Erzeugnisse, nicht zugestanden hat. Die weitere polnische Forderung nach Abnahme eines monatlichen Kontingents von 300.000 Tonnen Kohle durch Deutschland (wegen dieses Kohlenkontingents entstand vor anderthalb Jahren der Zollkrieg) kommt erst kommende Woche zur Beratung.

Aus aller Welt.

Mißglückter Attentatsversuch gegen Polnarcé.

Paris, 12. Oktober. Durch die Aufmerksamkeit der Polizei wurde gestern ein Attentatsversuch auf Polnarcé verhindert. Ein Spanier betrat das Hotel Royal und verlangte dringend Polnarcé persönlich zu sprechen. Da sein sonderbares Benehmen auffiel, wurde er einer Verhinderung unterzogen, bei der man einen stark geladenen Revolver fand. Der Spanier wurde sofort verhaftet.

Keine Rückgabe des Saargebiets.

Paris, 13. Oktober. Polnarcé erklärte gestern nachmittag einer Gruppe sozialistischer Kaufleute, daß die Regierung entgegen den Gerüchten in der deutschen Presse keineswegs die Absicht habe, das Saargebiet vor Ablauf der Fristen des Versailler Vertrages aufzugeben oder an Deutschland zu übertragen.

Kotales.

Cöhran, den 15. Oktober 1926.

§ (Verkehrsarten.) Bekanntlich sind nach einer behördlichen Anordnung die Verkehrsarten bis Ende Dezember d. J. mit der Jahresgebühr 1927 abzustempeln, falls diese im nächsten Jahre weiter ihre Gültigkeit behalten sollen. Es handelt sich sowohl um die für das Jahr 1925 neu herausgegebenen Verkehrsarten, die in diesem Jahre ohne jeglichen Vermerk weiter gültig waren, als auch um die in den Jahren 1925 und 1926 neu ausgegebenen Verkehrsarten. —

Wie nun die hiesige Polizeiverwaltung in der heutigen Nr. bekannt gibt, können in der Zeit vom 18. bis 20. d. M. die hiesigen Verkehrsarten-Inhaber ihre Verkehrsarten im Magistratsbüro zur Abstempelung abgeben. Die Polizeiverwaltung will dies zur Bequemlichkeit der hiesigen Publikum vornehmen und die Verkehrsarten gesammelt dem Landratsamt Röhrl zur Abstempelung vorlegen. Eine spätere Annahme durch die hiesige Polizeiverwaltung wird nicht mehr erfolgen, vielmehr muß in dann die Verkehrsarten dem Landratsamt Röhrl direkt zur Abstempelung vorgelegt werden.

§ (Zubildung • Projektion.) Für die deutschen Parochien der hiesigen katholischen Kirchengemeinde fand am vergangenen Sonntag nachmittag 4 Uhr die Zubildung • Ablass Projektion statt, die sich unter sehr feierlicher Beteiligung mit Gesang der Allerheiligen-Stand und Marienlieder durch die Straßen der Stadt bewegte. Vorher, kurz vor 3 Uhr, war hier eine zahlreiche Projektion der polnischen Parochien aus Wolosch eingetroffen, die in der hiesigen Kirche den hl. Ergen empfing. Beide Projektionen waren ein mächtiges Bekenntnis katholischen Glaubens.

§ (Verband der Kriegsverletzten.) Am 12. September d. J. ist im Saale des Herrn Roguski eine D. Gruppe des Verbandes der Kriegsverletzten und -Hinterbliebenen (Zjednoczenie inwalidów i pozostałych wojennych Wjowództwa Śląskiego, zap. tow. w Katowicach) gegründet worden. Die Ortsgruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen dieser Kriegsverletzten in enger Fühlungnahme mit der Hauptgeschäftsleitung in Katowice bei den in Frage kommenden Behörden in nachhaltiger Weise wahrzunehmen und zählt bereits an die 60 Mitglieder. Die Leitung ihrer Orts liegt in den Händen des Kriegsverletzten Herrn Lehner Arthur Torkanin, sein Vertreter ist Herr Buchdrucker Paul Naga.

§ (Im Schützenhaus) findet als Abchluss der diesjährigen Sommer-Saison am Sonntag den 17. d. M. ein großes Jagd- und Konzert statt, verbunden mit Tanzkränzen und verschiedenen Ueberrassungen. (S. 3.)

§ (Vieh- und Viehdemarkt) findet hierorts am Mittwoch, den 20. d. M. statt.

§ (Fischzug.) Die vielen Teiche in der näheren und weiteren Umgebung unserer Stadt werden gegenwärtig abgelft. Am Dienstag ist der große Kempny-Teich in Pawlowitz, am Mittwoch der Kleszczow-Teich abgelft worden. Heute Freitag wird der Teich Windersche Teich an der Baleschölle seines Fischinhalts entleert. Das Resultat war zufriedenstellend, die Fische sind in diesem Jahre gut gewachsen; ein Teil derselben ist jedoch infolge der vielen Regenfälle fortgeschwemmt worden. Die Fischpreise sind hier gegenwärtig 2 Hlotz pro Pfund.

§ (Handwerkerverversammlung.) Die für Sonntag den 11. d. M. nachm. 4 1/2 Uhr im Hotel „Zur Post“ stattfindende Versammlung der Wojewodschaft angehörige Handwerkerverammlung war leider sehr schwach besucht. Der Generalsekretär des Verbandes erklärte die Kredite an die Handwerker (über die wir an anderer Stelle ausführlich berichteten) über Steuerfragen wurde u. a. erklärt: Handwerker, die kein offenes Geschäft (Laden) führen, sind bei 2 Hlotzkräften bis 17 Jahren ungeschuldet. Der Vorsitzende des Finanzamts Röhrl hat dem Generalsekretär des Innungsverbandes gegenüber gesagt, daß er bereit sei, bei Reklamationen in Steuerfragen für Handwerker Kommissionen zu gestalten. Für Cöhran wurden aus der Versammlung gewählt die Herren: Jof. Szpanek, Hilla, Schindera, Gallus, Kuz und Mlnol. Von seiten des Innungsverbandes wird auf Anregung ein Unterkreisariat in Cöhran errichtet. Alle 14 Tage und zwar am Freitag soll ein Beamter des Verbandes nach Cöhran kommen, um in einem Zimmer bei Herrn Gostkowski-Röber Rat und Hilfe in Steuerfragen zu erteilen. Der genaue Tag der Einrichtung wird noch angegeben werden. Selbstverständlich ist die Beratung nur für die Mitglieder der angeschlossenen Innungen und dann kostenlos. Es liegt also im eigenen Interesse der Handwerker, daß sie darauf dringen, daß ihre Innungen sich an den Verband anschließen, um die oben genannten Vorteile zu genießen. Wie bekannt sein dürfte, gibt der Verband eine eigene Zeitung heraus und zwar zweisprachig (polnisch und deutsch), die über alle Steuer- und Wirtschaftsfragen Aufklärung gibt und von den Mitgliedern sehr wenig abonniert wird, obwohl der Betrag nur 50 Groschen monatlich für Mitglieder und 1 Hlotz für Nichtmitglieder beträgt. Den Vertrieb dieser Zeitung für Cöhran hat Frau Wetler und nimmt die-

selbe Abonnements an. Mit dem Wunsch, daß die nächste Versammlung zahlreicher besucht sein wird, wurde die Versammlung geschlossen.

* (Gewährung von Krediten an die Handwerker.) In dieser, 3. J. sehr aktiven Frage wird vom Innungsverband der Handwerker, S. Kattowitz folgendes mitgeteilt: Wie bekannt, haben die Handwerker infolge der vielen Interventionen seitens der einzelnen Verbände, so auch des Innungsverbandes in Kattowitz, welcher eine besondere Delegation zum Minister für Handel und Gewerbe spezial in dieser Angelegenheit entsandte, nachhafte Kredite erhalten. In der Tagespresse ist nun irrtümlich in der Weise berichtet worden, als wenn nur oberflächliche Handwerker mit 500.000 Zl. Kredit bedacht worden wären. Die Gesamtschuldner der zur Verteilung gelangenden Kredite, welche auf 2 Millionen Hlotz für die Handwerker ganz Polens festgelegt wurde, erhöhte sich infolge der vielen Vorteile der Handwerkerverbände inzwischen auf 5 Millionen Zl. Bemerkenwert ist hierbei, daß diese Kredite im Staatsbudget nicht eingezeichnet sind, sondern im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Minister für Handel und Gewerbe seitens der B. R. D. zur Verfügung gestellt wurden. Das ist infolgedessen von besonderer Bedeutung, als die Abgrenzung gänzlich ohne jeden Einfluss in Bezug auf die gestellten Bedingungen, von denen die Erlangung dieser Kredite abhängig gemacht wird, ist. Es hängt hauptsächlich von der Leistung der B. R. D. ab, unter welchen Bedingungen der einzelne Handwerker die Kredite erhalten kann. Zu erwähnen ist, daß die B. R. D. hierbei die gesetzlichen Vorschriften zu beachten hat, von denen sie kein Minister entscheiden kann. Das soll besonders betonen hervorgehoben werden, weil in Handwerkerkreisen häufig der hohen Prozent, welche gefordert werden, eine gewisse Mißbilligung herrscht. Die genannten Bedingungen, unter welchen die Postpartasse (B. R. D.) die Kredite zur Verfügung stellen wird, sind im übrigen 3 J. noch nicht bekannt. In der nächsten Zeit soll jedoch seitens der Leitung der B. R. D. die Öffentlichkeit über die notwendigen Vorschriften für die Krediterlangung unterrichtet werden. Augenscheinlich ist nur das bekannt, daß von der zur Verteilung kommenden Gesamtschuldner für die Handwerker des ehemals russischen Teilgebietes (Kongresspolen) 45 Prozent, für Galizien 27 Prozent, Polen und Rumänien zusammen 15 Prozent und schließlich für die Wojewodschaft Schlesien 10 Prozent entfallen sollen. Bisher sind bereits von der B. R. D. 2 Millionen Hlotz zur Verteilung angewiesen worden. Weitere 3 Millionen sollen in Kürze folgen. Demnach sind für die Handwerker der Wojewodschaft Schlesien zunächst 200.000 Hlotz durch die B. R. D. angewiesen worden; es stehen jedoch noch weitere 300.000 Hlotz aus. Ueber die Art der Kreditverteilung wäre Nachstehendes zu sagen: Die Postpartasse (B. R. D.) hat zunächst in Kongresspolen den Zentralverband der Handwerker mit der Kreditverteilung betraut, welcher jedoch für alle gewährten Kredite die Garantie zweier Banken nachweisen muß. In Galizien wiederum wird die Verteilung der angeprochenen Kredite durch zwei Handwerkerkassen in Lemberg und Krasn, nach Anweisung der in Lemberg befindlichen Handwerkskammern vorgenommen werden. In der Wojewodschaft Schlesien jedoch soll die Zuweisung der Kredite durch die städtische Sparkasse in Kattowitz erfolgen. Zu bemerken ist hierbei, daß sowohl die Handwerkskammer Kattowitz, als auch der Innungsverband der Handwerker, S. Kattowitz, keinen direkten Einfluss auf die Kreditverteilung ausüben können. In entgegen hat lediglich die Leitung der städtischen Sparkasse in Kattowitz. Allerdings werden Vertreter der Handwerkskammer und des Innungsverbandes als Sachverständige gehört werden. Die obersteinsten Handwerker werden bei dem Kuratorium der städtischen Sparkasse in Kattowitz durch den gegenwärtigen Vorsitzenden der Handwerkskammer, Schlossermeister Schmitz, vertreten, welcher auf einer Stabsabordnung in den Vorstand der städtischen Sparkasse an Stelle des verstorbenen Richtermeisters Altmann gewählt worden ist. Es ist die beste Gewähr dafür gegeben, daß die Kreditzuweisung in gleichmäßiger und zufriedenstellender Weise vor sich gehen wird. Weitere Informationen und Benachrichtigungen erfolgen durch das Handwerkerfachblatt „Der obersteinsten Handwerker und Industrielle“ sowie die Tagespresse.

* (Für Mieter und Hausbesitzer.) Die letzten Verhandlungen im Schlichtungsausschuss über das Mietverhältnis, in welchem auch die Aufhebung der Wohnungs- und Mietbeschränkungen zur Sprache kam, hat einige Hausbesitzer veranlaßt, ihren Mietern zu kündigen. Derselben schel-

nen über die Funktion der Wohnungs- und Miet-einigungsämter nicht unterrichtet zu sein. Tatsache ist, daß auch nach Anhörung derselben das Mietersetzgeßes bestehen bleibt, wonach eine Abänderung der Wohnung ohne wichtigen Grund nicht zulässig ist.

• **(Der Prozeß gegen die Mitglieder des Deutschen Volksbundes.)** Vor der erweiterten Strafkammer des Landgerichts in Rattowitz begann am Dienstag vormittag der Prozeß gegen 11 Mitglieder des Deutschen Volksbundes. Den Angeklagten, welche vom 12. Februar d. J. bis Ende Mai in Unterleschland befanden, wurde vorgeworfen, zu Genuß Deutschlands wirtschaftliche und politische Spionage betrieben zu haben. Die Anklage stützt sich zum größten Teil auf Grund von Biographien von Dolmetschern, welche letztere im Deutschen Generalkonsulat gefunden wurden. In der Verhandlung, welche seit Dienstag stattfindet und auch heute Freitag noch andauert, waren 48 Jungen geladen.

• **(Schadenfeuer.)** In Warkowitz ist heute Freitag nachmittag in 5. Stunde das Wohnhaus des Jgn. Gobjel (neben der Post) in Flammen aufgegangen und niedergebrannt. (Näheres in nächster N.)

• **(Der Prozeß gegen die „Polonia“-Attentäter.)** In der Nacht zum 19. Juli wurde auf den Befehl der „Polonia“ sowie die Durchführung der Aktion in Rattowitz ein Bombenattentat geplant, das durch die Umstände des Personals richtigzeitig vereitelt wurde. Bei der Verfolgung der verdächtigen Personen gelang es der Polizei, drei zu verhaften, die ein schweres Paket mit sich führten, in welchem sich, wie sich später herausstellte, ein Giftrogg bestand, das mit drei bis vier Pood Dynamit gefüllt war. Die Verhafteten wurden als die Arbeiter Krollkegel, Rosabel und Wawrczynek erkannt. Bei ihrer Vernehmung gaben sie an, daß sie tatsächlich ein Attentat gegen die „Polonia“ geplant hätten und machten gleichzeitig weitere Mittheilungen nachstehend und zwar einen Johann Skrzypicki, Vorsitzender der Aufständischengruppe in Rostowitz, Max Pylar, Jozef Raczmarski, August Kitzilla sowie Jozef Gonsior. Skrzypicki bezeichnete die ersten drei Verhafteten als den Urheber des geplanten Attentats. Die Staatsanwaltschaft liess aus gegen alle Verhafteten das Verfahren wegen Mordes gegen das Sprengstoffgesetz ein. Am 8. Oktober begann nun die Verhandlung gegen die Angeklagten, die 26 Jungen und einige militärische Schutzbedienstete geladen waren. Die Verhandlung leitete Landgerichtsdirektor Dr. Grotowski, die Anklage verteidigte Staatsanwalt Malsowski. Die Angeklagten wurden durch drei Richter verurteilt. Die Verurtheilung in der Verhandlung ergab ein äußerst unklares Bild, da die Angeklagten sich gegenseitig belasteten und sich dabei auch in Widersprüche verwickelten. Der Staatsanwalt beantragte für die Angeklagten Krollkegel, Rosabel und Wawrczynek je 5 Jahre Zuchthaus, für die Angeklagten Pylar und Raczmarski je 6 Monate Gefängnis, gegen den Angeklagten Kitzilla 1 Jahr Gefängnis und für die Angeklagten Skrzypicki und Gonsior die Freisprechung. Nach einer etwa zweistündigen Beratung liess das Gericht folgendes Urteil: Krollkegel, Rosabel werden zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, Wawrczynek zu 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Pylar und Raczmarski zu sechs Wochen Gefängnis mit Aussetzung der Haftstrafe, Skrzypicki und Gonsior werden freigesprochen.

• **(Die Schulabteilung beim Wojewodschafskamm.)** veröffentlicht folgende Veranlagung: Den Schülern der Fortbildungsschulen, die sich weigern, die Beiträge für die notwendigen Unterrichtsmittel, Schülerbücherei und Bewegungsspiele zu zahlen, werden die Schulguthaben beim Wojewodschafskamm über den Befehl des Unterichts bis zur Bezahlung der rückständigen Beiträge zurückgehalten.

• **(Eröffnung der Beamtengehälter.)** In der am 11. d. Mts. stattgefundenen Sitzung des Ministeriums der sich mit der Beratung des Budgets beschäftigt, ist für die Staatsbeamten der Gehalts des Wojewodschafskamm eine Gehaltszulage von 10 Prozent ab 1. November d. J. bewilligt worden. Für diesen Zweck sind bereits entsprechende Kredite in den Voranschlag aufgenommen worden.

• **(Fliegerbesuch in Rattowitz.)** Am Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr trafen hier drei obersteleische und Bombenwerfer, zwei Flugzeuger, eins aus Krasn, das andere aus Posen. Es war der Beginn der Bombenwerfer Flugwoche, in die auch die schlesische Wojewodschafskamm hineingezogen worden ist. Beide Flugzeuge landeten auf dem neuen Rattowitzer Flugplatz und flogen auch dort wieder auf. Am Sonntag trafen zwei weitere Flugzeuge auf dem Flugplatz ein. Es war dies das erste Flugzeug-Manöver auf diesem Platz. Am

Montag mittag waren Besichtigter und die Mitglieder der obersteleischen Luftkassen-Brigade mit Landrat Dr. Polysa zu einer Besichtigung der Apparate und des neuen Platzes eingeladen.

• **(Zollfreie Lebensmittelzufuhr von der Schuljugend.)** Infolge in voriger Nr. gebrachte Notiz betreffend der zollfreien Zufuhr von Lebensmitteln für die in Polnisch-Oberschlesien ansässige und in Deutschland studierende und dort wohnende Jugend wird durch Ministerialerlass vom 2. 8. 1926 Nr. 12.340 III wie folgt ergänzt: Wer von der Begünstigung der zollfreien Zufuhr von Lebensmitteln Gebrauch machen will, hat einen entsprechenden Antrag an das Zollamt zu richten. Eine Bescheinigung des Schulleiters ist beizufügen. Diese Bescheinigung enthält den Namen des Schülers, Tag und Ort der Geburt, seine Wohnung in Deutschland, die Wohnung der Eltern in Polnisch-Oberschlesien, sowie die Bezeichnung der letzten Schule. Der Antrag ist zu Beginn des Schuljahres unter Vorlage einer neuen Bescheinigung zu wiederholen. Eine Bescheinigung ist an der Zollstelle in Empfang zu nehmen. Diese Karte hat zur Gültigkeit für die Schulzeit, während der Ferien dürfen Lebensmittel nicht ausgeführt werden. Deshalb haben sich die Schüler über den Beginn und die Dauer der Ferien zu erkundigen.

• **(Gegen die Zufuhr von Kartoffeln.)** Entgegen allen amtlichen Versicherungen ist die Grenze nach den bisherigen Ergebnissen schlechter als erwartet ausgefallen. Derobers steht jedoch die diesjährige Kartoffelernte unter der durchschnittlichen Ernte zu stehen. Berichten aus landwirtschaftlichen Kreisen zufolge, haben die diesjährigen Ausbeuten dargelegt, daß sie kaum 40 Prozent der vorjährigen mittleren Ernte ergeben werden. So lauten die Mittheilungen aus der Wojewodschaf Posen. In den übrigen Anbaugebieten, die für Deutschland in Betracht kommen, liegt die Sache auch nicht besser. Den Anfall bei der Grenze am Bräunisch sind die Landwirte gezwungen durch Kartoffeln zu füttern. Dadurch wird die für den Markt bestimmte obersteleische sehr geringe Menge Kartoffeln eine noch weitere Verarmung erfahren. Dazu kommt noch, daß die Ernte in diesem Jahre sich um 10—14 Tage verspätet hat. Das Angebot für den Markt ist daher aus den angeführten Gründen sehr gering und muß bei der großen Nachfrage in Folge der vorgerückten Jahreszeit naturgemäß Preissteigerungen zu Folge haben. Dazu kommen in letzter Zeit ausländische Händler der uns auf, die als einlagbaren Waren besonders für die besten Gebiete in Deutschland, wo die Ernte ebenfalls nicht zur Zufriedenheit ausgefallen sein soll, um jeden Preis zu verkaufen trachten. Die Händler sollen 4,50 bis 5 Mark ab Grenze zahlen. Es ist daher nicht zu verwundern, daß bei so vorstehenden Angelegenheiten der Landwirt die Ware zurückhält, um sie dem ausländischen Händler zu verkaufen. Es hat daher auch keine Gefe mit dem Ausgraben der Kartoffeln. Diese Entscheidung bestätigt auch die gegenwärtige Situation am Kartoffelmarkt in Oberschlesien. Während in den vergangenen Jahren hunderte von Waggons zur Disposition standen, sind zur Zeit nicht einmal 1/10 des Lebens auszureichen. Die Dampferpreise steigen fortwährend und bewegen sich zur Zeit zwischen 10 bis 11 Schilling per 100 Kilogramm. Die Exportpreise sind nur etwas niedriger. Es ist zu erwarten, daß bei der wachsenden Nachfrage der Konsumenten und speziell der Kriegsanstalten in Folge der vorgerückten Jahreszeit die Nachfrage noch größer wird und die Preise daher weiter steigen. Es ist hi aber auch Gefahr, daß durch die Zufuhr der geringen Ernteerträge nach dem Auslande die heimische Bevölkerung unversorgt bleibt. Die Folge davon ist speziell für unser Zukunftsbildung nachteilig. Es ist daher dringend notwendig, daß die Regierung in dem Versuch der Verkleinerung der geringen Ernterückstände in das Ausland ganz energisch solange vorgeht, bis der eigene Bedarf gedeckt ist. Es ist zu erwarten, daß die Wojewodschafskamm und die Zentralkasse alle hierzu erforderlichen Schritte sofort veranlassen werden, damit die unter der wirtschaftlichen Depression ohnehin leidenden Bevölkerung nicht noch höhere Preise für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs zu zahlen haben.

• **(Die Kartoffelversorgung sichergestellt.)** Die Kartoffelbeschaffung für die Bevölkerung Oberschlesien ist diesem Jahre besondere Schwierigkeiten zu bereiten. Um einer event. Gefahr vorzubeugen, daß die obersteleische Arbeiterkraft dieses Jahr ohne Kartoffeln bleibt, begab sich eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft, vertreten durch die Abg. Jankowski, Buchwald und die Gewerkschaftsleiter der Hygiene und Kappitz zu den maßgebenden Regierungskreisen nach Warschau. Da

auch der Arbeitgeberverband ein großes Interesse an der Lieferung der Arbeiterkraft mit Winterkartoffeln hat, fand mit deren Vertretern eine gemeinsame Aussprache im Innenministerium statt. Vertreter war ebenfalls das Landwirtschaftsministerium sowie zwei Vertreter von Landwirtschaftlichen Vereinigungen. Nach einer längeren Aussprache wurde festgestellt, daß eine Kartoffelknappheit in Polen nicht besteht. Die diesjährige Ernte sei nur um ein geringes niedriger als im vergangenen Jahre. Weiterhin wurden organisatorische Maßnahmen besprochen, welche die Gewähr geben sollen, wie in den vergangenen Jahren, so auch dieses Jahr die Versorgung mit Winterkartoffeln sichergestellt werden.

• **(Kanalkassation.)** In der Gemeinde Pischow durchgeführte Kanalkassation des Ortes wird in absehbarer Zeit beendet sein. Im Zusammenhang mit den Kanalkassationsarbeiten wurde auch die sonst bei schlechtem Wetter kaum passierbare Dorfstraße in Richtung Ryduktan mit einem Bürgersteig versehen, der ebenfalls einer baldigen Vollendung entgegensteht. Mit Pischow zugleich hat auch die Gemeinde Ryduktan die Vorgänge einer Kanalkassation anerkannt und durchgeführt.

• **(Die Eröffnung der Eisenbahnlinie Ghybi—Kotkan.)** Vorgangenen Sonntag wurde der Güterverkehr auf der Linie Ghybi—Kotkan eröffnet. Dieser Eisenbahnlinie kommt lasten eine große Bedeutung zu, als dadurch der Kohlenexport in die Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich erleichtert wird.

• **(Kriegsbeschäftigte der Kreise Plesch und Rybnik.)** Das Kaiser-Kriegsbeschäftigtenamt macht bekannt, daß die diesjährigen Rostofftransporte für die Offiziere der Kaiser- und des Landarmes für die Kreise Rybnik und Plesch am 4. November um 9 Uhr vormittags in der R. R. L. in Plesch abgehalten werden. Es haben sich alle Offiziere außer den Jahrgängen 1894, 1895, 1899 und 1900, 1901 einzufinden, falls diese im Vorjahre oder 1926 gütig haben. Nichtigstellung wird bekräftigt.

• **(Neue Unterschlagungen bei der Eisenbahn.)** Die „Polonia“ will zu berichten, daß bei der Eisenbahndirektion Rattowitz verschiedene Unterschlagungen vorgekommen sind. So wurde z. B. ein Kassierer bei der Güterabfertigung in Rattowitz verhaftet, weil er 10000 Schilling unterschlag. In Friedenszeiten wurde ein Kassiermeister verhaftet, der alle unterschlagene Schienen für eigene Rechnung verkonnte.

• **(Beilegung der Streikgefahr in Lodz.)** Der seit einigen Wochen drohende Ausbruch eines Streiks in der Lodzker Textilindustrie konnte verhindert werden. Die Arbeiterkraft erklärt sich endlich mit der von den Fabrikanten vorgeschlagenen Lohnerhöhung von 5 Prozent einverstanden.

• **(Große Eisenbahnkatastrophe bei Schary—Wieser.)** Eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe ereignete sich in der Nacht am Mittwoch auf der am eifrigsten umgebauten Bahn von den Bentener Kreisen bei Schary—Wieser. In unmittelbarer Nähe des Bahnhofs fuhr der um 23 Uhr 10 Minuten von Rattowitz abgehende Personenzug Rattowitz—Wieliczka in voller Geschwindigkeit auf den ebenfalls in voller Fahrt befindlichen aus entgegengesetzter Richtung kommenden Güterzug auf. Einen der beiden Züge zum Stillstand zu bringen, war nicht mehr möglich. Die beiden aufeinander. Die Lokomotive des Personenzuges und die Güterzuglokomotive wurden zertrümmert. Der Güterzugwagen und ein daran anschließender Personenzugwagen des Personenzuges geriet in Brand. Fast sämtliche Wagen des Rattowitzer Zuges sind amgeplatzt, ein Zehner davon, wie stark der Zusammenstoß gewesen sein mag, der alle Wagen aus den Schienen warf. Große Panik bemächtigte sich der Reisenden, die, sobald sich die Möglichkeit bot, die Wagen verließen, um nach den Eltern zu sehen, die das Unglück erlitten hat. Es wurden bisher 3 Schwerverletzte und 8 Leichtverletzte gezählt. Die alarmierte Feuerwehr von Schary und örtliche Hilfe waren sofort zur Stelle. Zwei Stunden später traf auf der Haghagh die erste Rettung ein. Die Verletzten sind nach Anlegung des Notverbandes ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Der Ort fuhr am Mittwoch nachmittag um 1/2 12 Uhr wieder hergestellt, nachdem man die ausgefahrenen Schienen wieder in Stand gebracht hatte. Allerdings ist der Betrieb noch eingeschränkt, weil die Räumungsarbeiten auf dem Haghaghgleise noch nicht beendet sind. Der Schaden beläuft sich auf schätzungsweise 3 Millionen Schilling.

• **Rybnik, 14. Oktober.** (Gefährliche Schmugglerbande.) In Socha wurde ein Personenzug gefaßt, das deutsche Zigaretten und Zigaretten nach Polen schmuggelte. Die Begleitpersonen des Autos, die Schwester Monika und Alma Kato sowie ein gewisser Gattowicz, sämtlich tschechische Staatsangehörige, wurden verhaftet.

Bula, pr. na kom. sad. w Żorach.